

**Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne**

Donnerstag (Vormittag), 2. Juni 2016

Polizei- und Militärdirektion

**48 2016.RRGR.261 Motion 049-2016 Fuchs (Bern, SVP)
Berner Reitschule – Muss es wirklich erst Tote geben, bis die Politik reagiert? Nein: Darum
muss jetzt die Berner Regierung Verantwortung zeigen!**

Vorstoss-Nr.:	049-2016
Vorstossart:	Motion
Eingereicht am:	10.03.2016
Eingereicht von:	Fuchs (Bern, SVP) (Sprecher/in)
Weitere Unterschriften:	0
Dringlichkeit gewährt: Ja	17.03.2016
RRB-Nr.: 502/2016	vom 4. Mai 2016
Direktion:	Polizei- und Militärdirektion

**Berner Reitschule – Muss es wirklich erst Tote geben, bis die Politik reagiert? Nein: Darum
muss jetzt die Berner Regierung Verantwortung zeigen!**

Der Regierungsrat wird wie folgt beauftragt:

1. Aufforderung an den Gemeinderat der Stadt Bern, die Reitschule für mindestens einen Monat zu schliessen.
2. Durchsetzung via Kantonspolizei, dass in und um die Berner Reitschule kein rechtsfreier Raum geduldet oder gar zugelassen wird.
3. Nutzung sämtlicher rechtlicher Möglichkeiten und dies mit höchster Priorität, um die Täterschaft der Gewaltexzesse mit elf verletzten Polizisten bei der Berner Reitschule dingfest zu machen.
4. Einreichung einer Standesinitiative mit der Forderung nach massiv strengeren Strafmassnahmen bei Gewalt gegen Angehörige von Blaulichtorganisationen (Polizei, Feuerwehr, Sanität).

Begründung:

Einmal mehr wurde die Schweiz Zeugin, dass die Berner Reitschule ein Hort für kriminelle Chaoten ist. Feuerwehr- und Polizeikräfte wurden mit teils handgrossen Steinen und Feuerwerkskörper angegriffen, dabei wurden elf Polizisten verletzt.

Eine traurige Bilanz, seit Jahren vergeht kaum ein Monat ohne Angriffe auf Polizistinnen und Polizisten. Der negative Höhepunkt ereignete sich nun, als Linksradikele zwei Strassenbarrikaden errichteten und diese in Brand setzten. Der Aufschrei ist gross, doch ist zu erwarten, dass die rot-grüne Politik einmal mehr nichts gegen die radikalen Reitschüler unternehmen wird. Die grossmundige Ankündigung von SP-Stadtpräsident Alexander Tschäppät, das Dossier Reitschule als «Chef-sache» zu behandeln, hat sich als reine Schönfärberei erwiesen. Es liegt nun am Kanton, hier sich aktiv einzubringen und das Feld nicht mehr Leuten zu überlassen, die den schönen Worten nie Taten folgen lassen.

Begründung der Dringlichkeit: Elf verletzte Polizisten, und die Bürgerinnen und Bürger erwarten nun eine rasche Lösung und nicht mehr nur Worte, sondern Taten.

Antwort des Regierungsrats

Die Anfang März 2016 erfolgten Ausschreitungen im Raum Schützenmatte, Neubrückestrasse und Reitschule unter anderem mittels Errichten von Barrikaden und gezielten Steinwürfen auf die Polizistinnen und Polizisten werden vom Regierungsrat scharf verurteilt. Die Gewaltausschreitungen, die von einzelnen Gruppen ausgehen, die in der Reitschule ungehindert ein- und ausgehen, werden zusehends heftiger.

Zu Ziffer 1

Unter der Führung des Polizei- und Militärdirektors sind Gespräche zwischen der Kantonspolizei, dem Regierungsstatthalter und der Vertretung der Stadt Bern initiiert worden. Von Seiten der Stadt haben unter anderem der Stadtpräsident sowie der Direktor für Sicherheit, Umwelt und Energie teilgenommen. Die Beteiligten waren sich einig, dass der bisherige Rhythmus von Gewalt, Schuldzuweisungen und öffentlichem Medienspektakel zu durchbrechen und der Fokus zielführend auf die Verhinderung von weiteren Gewalttaten zu richten ist. Eine Fokussierung auf eine einzelne Massnahme erscheint nicht lösungsorientiert. Da es sich um eine kommunale Einrichtung handelt, sind primär die Stadtbehörden gefordert, nachhaltig für die Anpassung der Sicherheit bei der Reitschule einzustehen. Aus diesen Gründen lehnt der Regierungsrat das Anliegen in dieser Ziffer ab.

Zu den Ziffern 2 und 3

Es werden jeweils sämtliche Möglichkeiten geprüft und, sofern die Voraussetzungen erfüllt sind, auch eingesetzt. Wie ausgeführt, handelt es sich um eine wiederkehrende Situation. Gewalttätige Personen nutzen das ungenügende Sicherheitssystem der Reitschule aus und starten von dort Aktionen auf Angehörige der Blaulichtorganisationen, insbesondere auf Polizistinnen und Polizisten, aber auch auf Drittpersonen.

Die passive bis hin zur aktiven Behinderung von Ermittlungshandlungen der Kantonspolizei durch die Reitschulbetreibenden sowie durch einzelne Besucherinnen und Besucher der Kultureinrichtungen tragen dazu bei, dass die Reitschule als Rückzugsort und Tatort für diese Angriffe genutzt werden kann. In einem solchen Umfeld gestalten sich Strafverfahren überaus schwierig.

Es versteht sich von selbst, dass die entsprechenden strafrechtlichen Ermittlungen durch die Staatsanwaltschaft Bern-Mittelland und die Kantonspolizei aufgenommen wurden. Aus diesem Grund empfiehlt der Regierungsrat die Annahme und gleichzeitige Abschreibung der beiden Punkte.

Zu Ziffer 4

Der Regierungsrat verweist in diesem Zusammenhang auf seine Antwort zur Motion 117-2015 Müller¹. Eine Strafverschärfung für einzelne Delikte ist stets im Gesamtgefüge des Sanktionensystems anzugehen, da ansonsten eine Ungleichbehandlung entsteht. Bereits heute ist bei Gewalt und Drohung gegen Beamte gemäss Artikel 285 des Schweizerischen Strafgesetzbuchs vom 21. Dezember 1937 (StGB; SR 310.0) eine Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren vorgesehen. Auf Bundesebene läuft zurzeit ein Gesetzgebungsprojekt zur Harmonisierung der Strafrahmen u.a. im Strafgesetzbuch. Gemäss Vorentwurf des Bundesrates soll die Mindeststrafe von Artikel 285 Ziffer 2 Absatz 2 StGB (Geldstrafe) von 30 auf 90 Tagessätze erhöht werden, «um dem erschwerenden Umstand der Gewaltanwendung angemessen Rechnung zu tragen». Der Regierungsrat begrüsst diese Änderung.

Formell gesehen muss eine Standesinitiative den Anforderungen an eine Initiative entsprechen und damit einen konkreten Wortlaut enthalten.

Der Regierungsrat kann diesen Punkt inhaltlich und formell nicht unterstützen und lehnt die Ziffer ab.

Der Regierungsrat beantragt:

Punktweise beschlossen

Ziffer 1: Ablehnung

Ziffer 2: Annahme und gleichzeitige Abschreibung

Ziffer 3: Annahme und gleichzeitige Abschreibung

Ziffer 4: Ablehnung

Präsident. Ich bitte die Ratsmitglieder, sich an ihre Plätze zu begeben und ruhig zu sein. Wir müssen Ihnen eine traurige Nachricht übermitteln, und ich möchte das in einem würdigen Rahmen machen. Bitte, nehmen Sie Platz. Unsere ehemalige Kollegin Vreni Kipfer ist gestern verstorben. Ich gebe Grossrätin Schenk das Wort.

Marianne Schenk-Anderegg, Schüpfen (BDP). Werte Anwesende, in den letzten Wochen durfte ich Vreni begleiten. Es ist mir ein grosses Anliegen, Ihnen ganz herzlich zu danken, dass Sie Vreni die Möglichkeit gegeben haben, sich in der letzten Session vom Rat zu verabschieden. In den letzten Wochen kam dies immer wieder zu Sprache, wenn wir zusammen diskutiert, zusammen ge-

¹ <http://www.gr.be.ch/etc/designs/gr/media.cdwsbinary.DOKUMENTE.acq/ad3bbd3850144f358111ffb371dc4bbf-332/5/PDF/2015.RRGR.347-Vorstossantwort-D-113892.pdf>
CONVERT_bab8fedbd3204850ab33625fa7d813f5 20.06.2016

schwiegen, zusammen gelacht, aber auch zusammen geweint haben. Wir haben auch verschiedene Dinge angeschaut. Ich habe jeweils ein Spruchbüchlein zu Vreni mitgenommen, in das ich meine Lieblingssprüche geschrieben habe. Einen davon musste ich Vreni immer wieder vorlesen. Ich möchte ihn den Ratsmitgliedern vortragen und Vreni mit auf den Weg geben: «Und ihre Seele spannte weit ihre Flügel aus, flog durch die stillen Lande, als flöge sie nach Haus.»

Präsident. Der Familie, den Angehörigen und den Freunden spreche ich unsere Anteilnahme aus. Ich bitte die Anwesenden, sich zu einer Gedenkminute zu erheben.

Die Anwesenden erheben sich zu einer Schweigeminute.

Präsident. Aufgrund der Umstände verzichte ich auf die Bärengeschichte. Folgende Mitteilung möchte ich noch machen: Die Stimmenzählenden waren gestern sehr fleissig und haben es geschafft, gegen jede Kalkulation und das Zeitbudget mit dem Auszählen der Wahlresultate der Gerichtsbehörden bereits fertig zu werden. Alle konnten sich ihre Wahl sichern: Es sind also alle wiedergewählt worden. Im Laufe des heutigen Tages werden die einzelnen Resultate nach und nach aufgeschaltet. Ich nehme nicht an, dass irgendjemand wünscht, dass ich alle Wahlprotokolle vorlese. *(Obwohl der Grossratspräsident aufgrund der grossen Menge die Wahlresultate der Traktanden 97–127 nicht einzeln bekannt gegeben hat, werden Sie an dieser Stelle aufgeführt. Die Debatte dazu findet sich unter Geschäft 2016.RRGR.458)*

Wahlresultate der Wahlen für die Gerichtsbehörden

Resultate des Wahlgeschäfts 2016.RRGR.428 Wiederwahl der 21 Mitglieder deutscher und französischer Muttersprache für das Obergericht, für die Amtsdauer vom 01.01.2017 bis 31.12.2022

Bei 148 ausgeteilten und 148 eingegangenen Wahlzetteln, wovon leer 0 und ungültig 0, in Betracht fallend 148, werden bei einem absoluten Mehr von 75 gewählt:

Aebi Friedrich Walter mit 148 Stimmen
Apolloni Meier Cornelia mit 145 Stimmen
Bähler Daniel mit 146 Stimmen
Bratschi-Rindlisbacher Franziska Katharina mit 148 Stimmen
Geiser Rainier mit 148 Stimmen
Greiner Georges mit 147 Stimmen
Grütter Myriam mit 144 Stimmen
Guéra Jean-Philippe mit 148 Stimmen
Hubschmid Volz Annemarie mit 148 Stimmen
Josi Christian mit 148 Stimmen
Kiener Hanspeter mit 148 Stimmen
Niklaus Jean-Luc mit 148 Stimmen
Pfister Hadorn Christine mit 148 Stimmen
Schlup Marcel mit 143 Stimmen
Schmid Samuel Kaspar mit 146 Stimmen
Schnell-Binggeli Renate mit 147 Stimmen
Stucki Stephan mit 146 Stimmen
Studiger Adrian mit 147 Stimmen
Trenkel Christian Franz mit 148 Stimmen
Vicari Jean-Pierre mit 148 Stimmen
Zihlmann Peter mit 145 Stimmen

Resultate des Wahlgeschäfts 2016.RRGR.429 Wiederwahl der 11 Ersatzmitglieder deutscher und französischer Muttersprache für das Obergericht, für die Amtsdauer vom 01.01.2017 bis 31.12.2022

Bei 148 ausgeteilten und 147 eingegangenen Wahlzetteln, wovon leer 0 und ungültig 0, in Betracht fallend 147, werden bei einem absoluten Mehr von 74 gewählt:

Bähler Jürg mit 147 Stimmen
Gerber Daniel mit 147 Stimmen
Graf Irene mit 142 Stimmen
Hurni Christoph mit 147 Stimmen
Krieger Aebli Salome Elisabeth Barbara mit 147 Stimmen
Lüthi Jean-Jacques mit 147 Stimmen
Perrin Bertrand mit 147 Stimmen
Saurer Nicole mit 147 Stimmen
Schaer Christine mit 146 Stimmen
Schödler Sara mit 146 Stimmen
Zuber Roger mit 147 Stimmen

Resultate des Wahlgeschäfts 2016.RRGR.430 Wiederwahl der 37 kaufmännischen Fachrichterinnen und Fachrichter deutscher Muttersprache für das Handelsgericht, für die Amtsdauer vom 01.01.2017 bis 31.12.2022

Bei 148 ausgeteilten und 148 eingegangenen Wahlzetteln, wovon leer 0 und ungültig 0, in Betracht fallend 148, werden bei einem absoluten Mehr von 75 gewählt:

Aeberhardt Regina mit 148 Stimmen
Arni Peter mit 148 Stimmen
Bangerter Felix mit 148 Stimmen
Reyler Rolf mit 148 Stimmen
Bircher Urs mit 148 Stimmen
Brudermann Kurt mit 148 Stimmen
Burkhalter Bernhard mit 148 Stimmen
Egli Heinz mit 147 Stimmen
Flükiger Peter mit 148 Stimmen
Gilgen Jakob mit 148 Stimmen
Glauser Rolf mit 148 Stimmen
Graf Margrith mit 148 Stimmen
Hirsbrunner Markus mit 148 Stimmen
Hubacher Peter mit 148 Stimmen
Jöhl Markus mit 148 Stimmen
Kaech Peter mit 148 Stimmen
Kiener Matthias mit 148 Stimmen
Laederach Herbert mit 148 Stimmen
Lehmann Annemarie mit 148 Stimmen
Linder Fritz mit 148 Stimmen
Matti Rudolf mit 148 Stimmen
Maurer Beat mit 148 Stimmen
Meyer Ernst mit 148 Stimmen
Meyer Marianne mit 148 Stimmen
Moeri Heinz mit 148 Stimmen
Näpflin Urs mit 148 Stimmen
Pfister Alexander mit 148 Stimmen
Schmid Daniel mit 148 Stimmen
Schmid Marc mit 148 Stimmen
Schwab Thomas mit 148 Stimmen
Sieber Joachim mit 148 Stimmen
Siegenthaler Max mit 148 Stimmen
Teuscher Peter mit 148 Stimmen
Waser Peter mit 148 Stimmen
Widmer Corinne mit 148 Stimmen
Zwahlen Alexander mit 148 Stimmen

Resultate des Wahlgeschäfts 2016.RRGR.431 Wiederwahl der 12 kaufmännischen Fachrichterinnen

nen und Fachrichter französischer Muttersprache für das Handelsgericht, für die Amtsdauer vom 01.01.2017 bis 31.12.2022

Bei 148 ausgeteilten und 148 eingegangenen Wahlzetteln, wovon leer 0 und ungültig 0, in Betracht fallend 148, werden bei einem absoluten Mehr von 75 gewählt:

Bloch Stéphane mit 147 Stimmen
de Luca Roberto mit 147 Stimmen
Guenat Jean-Marc mit 147 Stimmen
Hausmann Ralph mit 147 Stimmen
Heunert Sven mit 147 Stimmen
Koenig Patrick mit 147 Stimmen
Leutenegger Jean-Marc mit 147 Stimmen
Rochat Yves Daniel mit 147 Stimmen
Schwab Jean-Paul mit 147 Stimmen
Vogt Michel mit 147 Stimmen
von Gunten Claude mit 147 Stimmen
Zbären Kurt mit 147 Stimmen

Resultate des Wahlgeschäfts 2016.RRGR.432 Wiederwahl der 8 Mitglieder deutscher Muttersprache für das Verwaltungsgericht, verwaltungsrechtliche Abteilung, für die Amtsdauer vom 01.01.2017 bis 31.12.2022

Bei 148 ausgeteilten und 148 eingegangenen Wahlzetteln, wovon leer 0 und ungültig 0, in Betracht fallend 148, werden bei einem absoluten Mehr von 75 gewählt:

Arn De Rosa Bettina mit 148 Stimmen
Burkhard Robert mit 147 Stimmen
Daum Michel mit 148 Stimmen
Häberli Thomas mit 148 Stimmen
Herzog Ruth mit 148 Stimmen
Keller Peter Markus mit 148 Stimmen
Müller-Graf Thomas mit 148 Stimmen
Steinmann Esther mit 147 Stimmen

Resultate des Wahlgeschäfts 2016.RRGR.433 Wiederwahl der 10 Mitglieder deutscher Muttersprache für das Verwaltungsgericht, sozialversicherungsrechtliche Abteilung, für die Amtsdauer vom 01.01.2017 bis 31.12.2022

Bei 148 ausgeteilten und 148 eingegangenen Wahlzetteln, wovon leer 0 und ungültig 0, in Betracht fallend 148, werden bei einem absoluten Mehr von 75 gewählt:

Ackermann Thomas mit 148 Stimmen
Führer Ruth mit 148 Stimmen
Grütter Daniel mit 148 Stimmen
Knapp Beat mit 148 Stimmen
Kölliker Jürg mit 146 Stimmen
Loosli Urs mit 146 Stimmen
Matti Walter mit 146 Stimmen
Scheidegger Jürg mit 146 Stimmen
Schütz Peter Heinz mit 148 Stimmen
Schwegler Ivo mit 148 Stimmen

Resultate des Wahlgeschäfts 2016.RRGR.434 Wiederwahl der 2 Mitglieder französischer Muttersprache für das Verwaltungsgericht, Abteilung für französischsprachige Geschäfte, für die Amtsdauer vom 01.01.2017 bis 31.12.2022

Bei 148 ausgeteilten und 148 eingegangenen Wahlzetteln, wovon leer 0 und ungültig 0, in Betracht fallend 148, werden bei einem absoluten Mehr von 75 gewählt:

Meyrat Neuhaus Celine mit 148 Stimmen
Rolli Bernard mit 148 Stimmen

Resultate des Wahlgeschäfts 2016.RRGR.435 Wiederwahl der 2 Ersatzmitglieder französischer Muttersprache für das Verwaltungsgericht, Abteilung für französischsprachige Geschäfte, für die Amtsdauer vom 01.01.2017 bis 31.12.2022

Bei 148 ausgeteilten und 148 eingegangenen Wahlzetteln, wovon leer 0 und ungültig 0, in Betracht fallend 148, werden bei einem absoluten Mehr von 75 gewählt:

Möckli Michel mit 147 Stimmen
Tissot-Daguet Christophe mit 148 Stimmen

Resultate des Wahlgeschäfts 2016.RRGR.436 Wiederwahl der 34 Fachrichterinnen und Fachrichter für das Schiedsgericht in Sozialversicherungsstreitigkeiten, für die Amtsdauer vom 01.01.2017 bis 31.12.2022

Bei 148 ausgeteilten und 148 eingegangenen Wahlzetteln, wovon leer 0 und ungültig 0, in Betracht fallend 148, werden bei einem absoluten Mehr von 75 gewählt:

Bianchi Doris mit 148 Stimmen
Bratschi Karin mit 148 Stimmen
Cadotsch Paul mit 148 Stimmen
Corday Jean-Pierre mit 148 Stimmen
Durtschi Peter mit 148 Stimmen
Fahrni Daniela mit 148 Stimmen
Furer-Fawer Sandra mit 148 Stimmen
Gafner Andreas mit 148 Stimmen
Graf Judith mit 148 Stimmen
Graf Sabine mit 148 Stimmen
Gubler Christian mit 148 Stimmen
Hauser Kathrin mit 148 Stimmen
Hess-Scheurer Sigrid mit 148 Stimmen
Hirsig Hans mit 148 Stimmen
Jäggi Irene mit 148 Stimmen
Keller Peter mit 148 Stimmen
Kessi Stephan mit 148 Stimmen
König Felix mit 148 Stimmen
Kurt Daniel mit 148 Stimmen
Lauber Beat mit 148 Stimmen
Marti Judith mit 148 Stimmen
Notter Thomas Benedikt mit 148 Stimmen
Ritschard Susanna mit 148 Stimmen
Salm Markus mit 148 Stimmen
Sieber Adrian mit 148 Stimmen
Siegrist Hans Peter mit 148 Stimmen
Sprenger Irène Angela mit 148 Stimmen
Stadler Fabian mit 148 Stimmen
Stampfli Marcel mit 148 Stimmen
Steiner Ulla mit 148 Stimmen
Supersaxo Claude Bernard mit 148 Stimmen
Ursenbacher-Wäfler Beat mit 148 Stimmen
Wechsler Daniel mit 148 Stimmen
Wüthrich Rösch Erika mit 148 Stimmen

Resultate des Wahlgeschäfts 2016.RRGR.437 Wiederwahl 1 stellvertretenden Generalstaatsanwaltes, für die Amtsdauer vom 01.01.2017 bis 31.12.2022

Bei 148 ausgeteilten und 148 eingegangenen Wahlzetteln, wovon leer 0 und ungültig 0, in Betracht fallend 148, werden bei einem absoluten Mehr von 75 gewählt:

Schmutz Markus mit 145 Stimmen

Resultate des Wahlgeschäfts 2016.RRGR.438 Wiederwahl der 3 Gerichtspräsidenten deutscher und französischer Muttersprache für das kantonale Zwangsmassnahmengericht, für die Amtsdauer vom 01.01.2017 bis 31.12.2022

Bei 148 ausgeteilten und 148 eingegangenen Wahlzetteln, wovon leer 0 und ungültig 0, in Betracht fallend 148, werden bei einem absoluten Mehr von 75 gewählt:

Bühler Hans Ulrich mit 148 Stimmen

Brechbühl Beat mit 146 Stimmen

Zinglé Jürg mit 147 Stimmen

Resultate des Wahlgeschäfts 2016.RRGR.439 Wiederwahl der 2 Gerichtspräsidentinnen für das Wirtschaftsstrafgericht, für die Amtsdauer vom 01.01.2017 bis 31.12.2022

Bei 148 ausgeteilten und 148 eingegangenen Wahlzetteln, wovon leer 0 und ungültig 0, in Betracht fallend 148, werden bei einem absoluten Mehr von 75 gewählt:

Dupuis Michèle mit 148 Stimmen

Lips-Amsler Barbara mit 147 Stimmen

Resultate des Wahlgeschäfts 2016.RRGR.440 Wiederwahl der 3 Gerichtspräsidentinnen deutscher und französischer Muttersprache für das Jugendgericht, für die Amtsdauer vom 01.01.2017 bis 31.12.2022

Bei 148 ausgeteilten und 148 eingegangenen Wahlzetteln, wovon leer 0 und ungültig 0, in Betracht fallend 148, werden bei einem absoluten Mehr von 75 gewählt:

d'Angelo-von Arx Corinne mit 146 Stimmen

Ringgenberg-Eichenberger Regula mit 146 Stimmen

Strasser Bill Caroline

mit 138 Stimmen

Resultate des Wahlgeschäfts 2016.RRGR.441 Wiederwahl der 11 Fachrichterinnen und Fachrichter deutscher und französischer Muttersprache für das Jugendgericht, für die Amtsdauer vom 01.01.2017 bis 31.12.2022

Bei 148 ausgeteilten und 148 eingegangenen Wahlzetteln, wovon leer 0 und ungültig 0, in Betracht fallend 148, werden bei einem absoluten Mehr von 75 gewählt:

Aeberhard Marianne mit 148 Stimmen

Dind Gaétan mit 148 Stimmen

Gerber-Hager Edith mit 148 Stimmen

Gérémia Wilfrid mit 147 Stimmen

Graf Hanspeter mit 148 Stimmen

Harzheim Christine mit 148 Stimmen

Jackson Sarah mit 148 Stimmen

Lehmann Thomas mit 148 Stimmen
Münger-van der Klooster Maartje Anna mit 148 Stimmen
Sterchi Fröhlich Barbara mit 148 Stimmen
Zwicker-Jenni Béatrice mit 147 Stimmen

Resultate des Wahlgeschäfts 2016.RRGR.442 Wiederwahl des Präsidenten für die Steuerrekurskommission (hauptamtlicher Richter), für die Amtsdauer vom 01.01.2017 bis 31.12.2019

Bei 148 ausgeteilten und 147 eingegangenen Wahlzetteln, wovon leer 0 und ungültig 0, in Betracht fallend 148, werden bei einem absoluten Mehr von 74 gewählt:

Kästli Peter mit 142 Stimmen

Resultate des Wahlgeschäfts 2016.RRGR.443 Wiederwahl der Vizepräsidentin für die Steuerrekurskommission (hauptamtliche Richterin), für die Amtsdauer vom 01.01.2017 bis 31.12.2019

Bei 148 ausgeteilten und 148 eingegangenen Wahlzetteln, wovon leer 0 und ungültig 0, in Betracht fallend 148, werden bei einem absoluten Mehr von 75 gewählt:

Nanzer Raphaéla mit 148 Stimmen

Resultate des Wahlgeschäfts 2016.RRGR.444 Wiederwahl der 8 Fachrichterinnen und Fachrichter für die Steuerrekurskommission, für die Amtsdauer vom 01.01.2017 bis 31.12.2022

Bei 148 ausgeteilten und 148 eingegangenen Wahlzetteln, wovon leer 0 und ungültig 0, in Betracht fallend 148, werden bei einem absoluten Mehr von 75 gewählt:

Fankhauser Christoph Daniel mit 148 Stimmen
Glatthard Adrian mit 146 Stimmen
Junod Etienne mit 148 Stimmen
Kaiser Martin mit 148 Stimmen
Lüthi Markus mit 147 Stimmen
Rom Pierre-Alain mit 148 Stimmen
Steiner Hans Jürg mit 148 Stimmen
Studer Jürg mit 148 Stimmen

Resultate des Wahlgeschäfts 2016.RRGR.445 Wiederwahl der 6 Fachrichterinnen und Fachrichter für die Rekurskommission für Massnahmen gegenüber Fahrzeugführerinnen und Fahrzeugführern (RKMF), für die Amtsdauer vom 01.01.2017 bis 31.12.2022

Bei 148 ausgeteilten und 148 eingegangenen Wahlzetteln, wovon leer 0 und ungültig 0, in Betracht fallend 148, werden bei einem absoluten Mehr von 75 gewählt:

Arneberg Oernulf mit 148 Stimmen
Bodmer Jürg mit 148 Stimmen
Brütsch Esther Maria mit 148 Stimmen
Santschi Jürg mit 147 Stimmen
Vogt Franziska mit 148 Stimmen
Wollmann Marc mit 148 Stimmen

Resultate des Wahlgeschäfts 2016.RRGR.446 Wiederwahl des Präsidenten für die Enteignungsschätzungskommission (nebenamtlicher Richter), für die Amtsdauer vom 01.01.2017 bis 31.12.2019

Bei 148 ausgeteilten und 148 eingegangenen Wahlzetteln, wovon leer 0 und ungültig 0, in Betracht fallend 148, werden bei einem absoluten Mehr von 75 gewählt:

Nyffenegger Res mit 148 Stimmen

Resultate des Wahlgeschäfts 2016.RRGR.447 Wiederwahl des Vizepräsidenten für die Enteignungsschätzungskommission (nebenamtlicher Richter), für die Amtsdauer vom 01.01.2017 bis 31.12.2019

Bei 148 ausgeteilten und 148 eingegangenen Wahlzetteln, wovon leer 0 und ungültig 0, in Betracht fallend 148, werden bei einem absoluten Mehr von 75 gewählt:

Geissler Peter mit 147 Stimmen

Resultate des Wahlgeschäfts 2016.RRGR.448 Wiederwahl der 15 Fachrichterinnen und Fachrichter für die Enteignungsschätzungskommission, für die Amtsdauer vom 01.01.2017 bis 31.12.2022

Bei 148 ausgeteilten und 148 eingegangenen Wahlzetteln, wovon leer 0 und ungültig 0, in Betracht fallend 148, werden bei einem absoluten Mehr von 75 gewählt:

Frey Urs mit 147 Stimmen
Hasler Ruedi mit 148 Stimmen
Hauswirth Matthias mit 148 Stimmen
Hirschi Charles mit 148 Stimmen
Jenzer Peter mit 148 Stimmen
Lehmann Daniel mit 148 Stimmen
Müller Hans-Jürg mit 148 Stimmen
Roth Martin mit 148 Stimmen
Rubin Hanspeter mit 148 Stimmen
Schmid Jürg mit 148 Stimmen
Siegenthaler Urs mit 148 Stimmen
Spang Bettina mit 148 Stimmen
Stöckli Rolf mit 148 Stimmen
Stoller Michael mit 148 Stimmen
Zemp Urs mit 148 Stimmen

Resultate des Wahlgeschäfts 2016.RRGR.449 Wiederwahl des Präsidenten für die Bodenverbesserungskommission (nebenamtlicher Richter), für die Amtsdauer vom 01.01.2017 bis 31.12.2019

Bei 148 ausgeteilten und 148 eingegangenen Wahlzetteln, wovon leer 0 und ungültig 0, in Betracht fallend 148, werden bei einem absoluten Mehr von 75 gewählt:

Schnidrig Gerhard mit 148 Stimmen

Resultate des Wahlgeschäfts 2016.RRGR.450 Wiederwahl des Vizepräsidenten für die Bodenverbesserungskommission (nebenamtlicher Richter), für die Amtsdauer vom 01.01.2017 bis 31.12.2019

Bei 148 ausgeteilten und 148 eingegangenen Wahlzetteln, wovon leer 0 und ungültig 0, in Betracht fallend 148, werden bei einem absoluten Mehr von 75 gewählt:

Wüthrich Urs Alexander mit 148 Stimmen

Resultate des Wahlgeschäfts 2016.RRGR.451 Wiederwahl der 6 Fachrichterinnen und Fachrichter für die Bodenverbesserungskommission, für die Amtsdauer vom 01.01.2017 bis 31.12.2022

Bei 148 ausgeteilten und 148 eingegangenen Wahlzetteln, wovon leer 0 und ungültig 0, in Betracht fallend 148, werden bei einem absoluten Mehr von 75 gewählt:

Federer Guido mit 147 Stimmen
Rubin Hanspeter mit 148 Stimmen
Schneider Kathrin mit 147 Stimmen
Stampfli Christian mit 148 Stimmen
Weiss Hans mit 147 Stimmen
Wüthrich Hanspeter mit 147 Stimmen

Resultate des Wahlgeschäfts 2016.RRGR.452 Wiederwahl der 64 Gerichtspräsidentinnen und Gerichtspräsidenten deutscher und französischer Muttersprache für die Regionalgerichte, für die Amtsdauer vom 01.01.2017 bis 31.12.2022

Bei 148 ausgeteilten und 148 eingegangenen Wahlzetteln, wovon leer 0 und ungültig 0, in Betracht fallend 148, werden bei einem absoluten Mehr von 75 gewählt:

Bähler Jürg mit 147 Stimmen
Bärtschi Markus mit 148 Stimmen
Bettler Ronnie mit 148 Stimmen
Blaser Manuel mit 148 Stimmen
Bochsler Bettina mit 148 Stimmen
Brand Markus mit 148 Stimmen
Bratschi Sven mit 148 Stimmen
Bruggisser Andreas mit 148 Stimmen
Christen Jürg mit 148 Stimmen
Corti Andrea mit 148 Stimmen
Ehrbar Peter mit 148 Stimmen
Falkner Anastasia mit 148 Stimmen
Friedrich Hörr Franziska mit 148 Stimmen
Fritz Natalie mit 148 Stimmen
Gerber Daniel mit 148 Stimmen
Gerber Hans-Ulrich mit 148 Stimmen
Gfeller Jean Mario mit 147 Stimmen
Gross Markus mit 148 Stimmen
Gutmann Sandra mit 148 Stimmen
Gysi Mango Andrea mit 147 Stimmen
Hänni Peter mit 148 Stimmen
Herren Urs mit 148 Stimmen
Hiltbold Thomas mit 146 Stimmen
Hofer Thomas mit 148 Stimmen
Hofstetter Judith mit 148 Stimmen
Holzer-Zaugg Silvia mit 148 Stimmen
Horisberger Christoph mit 148 Stimmen
Huber Rudolf mit 148 Stimmen
Jacobson Claudia mit 148 Stimmen
Koch Sonja mit 148 Stimmen
Krieger Aebli Salome Elisabeth Barbara mit 148 Stimmen
Luginbühl Schöneberger Franziska Patricia mit 148 Stimmen
Masanti Regula mit 148 Stimmen
Meyes Schürch Antonie mit 148 Stimmen
Möckli Michel mit 148 Stimmen
Mühlethaler Simone mit 148 Stimmen
Müller Martin mit 148 Stimmen

Oberle Balz mit 148 Stimmen
Ochsner Elisabeth mit 148 Stimmen
Paronitti Maurice mit 148 Stimmen
Pfänder Baumann Stefanie mit 148 Stimmen
Richner Roland mit 148 Stimmen
Rickli Brigitte mit 148 Stimmen
Romano Doris mit 148 Stimmen
Salzmann Eveline mit 148 Stimmen
Santschi Jürg mit 146 Stimmen
Sanwald Katrin mit 148 Stimmen
Saurer Nicole mit 148 Stimmen
Schaer Christine mit 147 Stimmen
Schleppy Agnès mit 148 Stimmen
Schwendener Danielle mit 148 Stimmen
Sidler Ruedi mit 148 Stimmen
Siegfried Muriel mit 148 Stimmen
Summermatter Daniel mit 148 Stimmen
Sutter Carole mit 148 Stimmen
Urech Peter mit 148 Stimmen
Villard Alain mit 148 Stimmen
Würsten Maude mit 148 Stimmen
Wyss Iff Esther mit 148 Stimmen
Zbinden Thomas mit 148 Stimmen
Züllig von Allmen Dorothea mit 148 Stimmen
Zürcher Gabriel mit 148 Stimmen
Zürcher Neuenschwander Monika mit 148 Stimmen
Zwahlen Hans mit 148 Stimmen

Resultate des Wahlgeschäfts 2016.RRGR.453 Wiederwahl der 38 Fachrichterinnen und Fachrichter deutscher und französischer Muttersprache in arbeitsrechtlichen Streitigkeiten der Regionalgerichte, für die Amtsdauer vom 01.01.2017 bis 31.12.2022

Bei 148 ausgeteilten und 148 eingegangenen Wahlzetteln, wovon leer 0 und ungültig 0, in Betracht fallend 148, werden bei einem absoluten Mehr von 75 gewählt:

Amiet Kurt mit 148 Stimmen
Aubry André mit 147 Stimmen
Berger Michel mit 147 Stimmen
Bolliger Rudolf Andres mit 148 Stimmen
Chheng Rithy mit 147 Stimmen
Frost-Hirschi Andrea mit 148 Stimmen
Gerber Hans-Ulrich mit 148 Stimmen
Grütter Urs mit 148 Stimmen
Hirt Stefan mit 147 Stimmen
Hirt Ursula mit 147 Stimmen
Insom Giorgio mit 148 Stimmen
Keller Alfred mit 148 Stimmen
Keller Andreas Rudolf mit 148 Stimmen
Kindler Walter mit 148 Stimmen
Kobel-Itten Erica mit 147 Stimmen
Kolb Bernhard mit 148 Stimmen
Krebs Daniel mit 148 Stimmen
Leuenberger Theres mit 148 Stimmen
Maître Olivier mit 148 Stimmen
Maurer Beat mit 148 Stimmen
Meier-Gubser Stefanie mit 148 Stimmen
Nacht Heinz mit 148 Stimmen

Nufer Brigitte mit 148 Stimmen
Pardini Corrado mit 148 Stimmen
Plüss-Zürcher Sibylle mit 148 Stimmen
Quixtner Dora mit 148 Stimmen
Rub Heinz mit 148 Stimmen
Schwitter Robert mit 148 Stimmen
Senft Andreas mit 148 Stimmen
Sommer Margareta mit 147 Stimmen
Sommer Raphael mit 147 Stimmen
Staub Corinne mit 148 Stimmen
von Allmen Martin mit 147 Stimmen
von Känel-Bigler Cornelia mit 148 Stimmen
Wanner Ulrich mit 148 Stimmen
Woodtli Bruno mit 148 Stimmen
Wyss Sabine mit 148 Stimmen
Zimmermann Karl mit 148 Stimmen

Resultate des Wahlgeschäfts 2016.RRGR.454 Wiederwahl der 86 Laienrichterinnen und Laienrichter deutscher und französischer Muttersprache für die Regionalgerichte, für die Amtsdauer vom 01.01.2017 bis 31.12.2022

Bei 148 ausgeteilten und 148 eingegangenen Wahlzetteln, wovon leer 0 und ungültig 0, in Betracht fallend 148, werden bei einem absoluten Mehr von 75 gewählt:

Aepli Kündig Marie-Rose mit 148 Stimmen
Aeschbacher Elisabeth mit 148 Stimmen
Antenen-Dubacher Rita mit 148 Stimmen
Balmer-Renggli Verena mit 147 Stimmen
Baumann Katharina mit 148 Stimmen
Begert-Rufer Verena mit 148 Stimmen
Begré Rolf mit 148 Stimmen
Bracher Sabine mit 148 Stimmen
Brun-Schmid Henriette Elisabeth mit 148 Stimmen
Bucher Sonja mit 148 Stimmen
Büchler Erwin mit 148 Stimmen
Burkhard-König Marianne mit 147 Stimmen
Bürki-Luginbühl Erika mit 148 Stimmen
Dähler Beatrice mit 148 Stimmen
Dietrich-Herren Kathrin mit 148 Stimmen
Eder Janine mit 148 Stimmen
Egger Christine mit 148 Stimmen
Egli Thomas mit 148 Stimmen
Erni-Reusser Ursula mit 148 Stimmen
Etter-Ramseyer Niklaus mit 148 Stimmen
Fuchs Iris mit 148 Stimmen
Grüter Katharina mit 148 Stimmen
Guggisberg Rolf mit 148 Stimmen
Habegger Ueli mit 148 Stimmen
Hübscher Hans-Rudolf mit 148 Stimmen
Jacquier Bich-Huong mit 148 Stimmen
Jost Alexandre mit 148 Stimmen
Kormann Verena mit 148 Stimmen
Künzli Klaus mit 148 Stimmen
Lanz Marcel mit 148 Stimmen
Lauber Anton mit 148 Stimmen
Lehmann Fritz mit 148 Stimmen
Leutenegger Brigitte mit 148 Stimmen

Liechti Walter mit 148 Stimmen
Luder Beat mit 148 Stimmen
Lüssi Robert mit 148 Stimmen
Maeder René-François mit 148 Stimmen
Marti Daniel mit 148 Stimmen
Marti Edith mit 148 Stimmen
Marti Esther mit 148 Stimmen
Meier-grunder Ursula mit 148 Stimmen
Meister Therese mit 148 Stimmen
Morandi Marcel mit 148 Stimmen
Morgenthaler-Baumann Helena mit 148 Stimmen
Mühlemann Rudolf mit 148 Stimmen
Nussbaum Peter mit 147 Stimmen
Oehrli Ruth mit 148 Stimmen
Ogi Pierre mit 148 Stimmen
Pulfer Jeannette mit 148 Stimmen
Reusser Hanspeter mit 148 Stimmen
Rieder Brigitte mit 148 Stimmen
Roth Marco mit 147 Stimmen
Rub Heinz mit 148 Stimmen
Ruggli Lukas mit 148 Stimmen
Salzmann Heinz mit 148 Stimmen
Santschi Peter mit 148 Stimmen
Schenk Daniel mit 148 Stimmen
Schmid André mit 148 Stimmen
Schörlin-Schneiter Marlise mit 148 Stimmen
Sigrist-Reusser Daniela mit 148 Stimmen
Sopranetti-Weissmüller Ruth mit 148 Stimmen
Stuci Regina mit 148 Stimmen
Trachsel Kurt mit 148 Stimmen
Trachsel Stefan mit 148 Stimmen
Umlauf Sulc Jana mit 148 Stimmen
Vaucher Jean mit 148 Stimmen
Verdon Isabelle mit 148 Stimmen
Vogt-Locatelli Séverine mit 148 Stimmen
von Aesch-Walter Hélène mit 148 Stimmen
Waber Therese mit 148 Stimmen
Wagner Ingold Susanne mit 148 Stimmen
Weber Therese mit 148 Stimmen
Widmer Francis mit 148 Stimmen
Winkelmann Margrit mit 148 Stimmen
Winkler Bernhard mit 148 Stimmen
Wyler Ruth Heidi mit 148 Stimmen
Wyss Erika mit 148 Stimmen
Wyssbrod Kurt mit 148 Stimmen
Wyssbrod Madeleine mit 148 Stimmen
Zingg-Winzer Daniel Robert mit 148 Stimmen
Znoj Manurung Barbara mit 148 Stimmen
Zuber Claudia mit 144 Stimmen
Zurflüh Christian mit 148 Stimmen
Zurmühle Adrian mit 148 Stimmen
Zwahlen Christian mit 148 Stimmen

Resultate des Wahlgeschäfts 2016.RRGR.455 Wiederwahl der 17 Vorsitzenden deutscher und französischer Muttersprache für die regionalen Schlichtungsbehörden, für die Amtsdauer vom 01.01.2017 bis 31.12.2022

Bei 148 ausgeteilten und 148 eingegangenen Wahlzetteln, wovon leer 0 und ungültig 0, in Betracht fallend 148, werden bei einem absoluten Mehr von 75 gewählt:

Bäriswyl Weber Ruth mit 148 Stimmen
Egger Scholl Carine mit 148 Stimmen
Ferrari Marco mit 148 Stimmen
Fischer Beatrice mit 148 Stimmen
Frech Sibylle mit 148 Stimmen
Frey Thomas mit 148 Stimmen
Gerber-Germann Bettina mit 148 Stimmen
Graf Irene mit 144 Stimmen
Guenat Natascha mit 148 Stimmen
Hubacher Hansjürg mit 147 Stimmen
Käser Chantal mit 148 Stimmen
Koller-Tumler Marlis mit 148 Stimmen
Leiser Tina mit 147 Stimmen
Lüthi Jean-Jacques mit 148 Stimmen
Siegrist Minder Martina mit 148 Stimmen
von Samson Caroline mit 148 Stimmen
Wimmer Dirk mit 148 Stimmen

Resultate des Wahlgeschäfts 2016.RRGR.456 Wiederwahl der 51 Fachrichterinnen und Fachrichter deutscher und französischer Muttersprache in arbeitsrechtlichen Streitigkeiten für die regionalen Schlichtungsbehörden, für die Amtsdauer vom 01.01.2017 bis 31.12.2022

Bei 148 ausgeteilten und 148 eingegangenen Wahlzetteln, wovon leer 0 und ungültig 0, in Betracht fallend 148, werden bei einem absoluten Mehr von 75 gewählt:

Affolter Bernard mit 148 Stimmen
Anliker Peter mit 148 Stimmen
Bannwart Beat mit 148 Stimmen
Baumgartner Frieda mit 148 Stimmen
Berger Regula mit 148 Stimmen
Bodmer Georg mit 148 Stimmen
Burkhalter Zohra mit 148 Stimmen
Burkhardt Rudolf mit 148 Stimmen
Fahrni Christian mit 148 Stimmen
Fernandez Jesus mit 148 Stimmen
Friedli Adrian mit 148 Stimmen
Gatti Martin mit 148 Stimmen
Germann Albert mit 148 Stimmen
Gimmel Rahel mit 148 Stimmen
Hänzi Therese mit 148 Stimmen
Hofstetter-Gugger Rosmarie mit 148 Stimmen
Holzer René mit 148 Stimmen
Hugi Hansjörg mit 148 Stimmen
Junker Stefan mit 148 Stimmen
Kämpfer Andreas mit 148 Stimmen
Koch Kaspar mit 148 Stimmen
Konrad Jean-Paul mit 148 Stimmen
Krienbühl Markus mit 148 Stimmen
Küng Rémy mit 148 Stimmen
Kuster Martin mit 148 Stimmen
Matteo Theresa mit 148 Stimmen
Matti Rudolf mit 148 Stimmen
Meierhans Susanne mit 148 Stimmen

Mira Aldo mit 148 Stimmen
Moser Andreas mit 148 Stimmen
Müller-Hüppi Anna mit 148 Stimmen
Rösti-Rüfenacht Ulrich mit 148 Stimmen
Roth Martin mit 148 Stimmen
Rub Heinz mit 148 Stimmen
Schär Othmar mit 148 Stimmen
Simmen Jürg mit 148 Stimmen
Sollberger-Valente Stefania mit 148 Stimmen
Stähli Hans mit 148 Stimmen
Steiner Daniel mit 148 Stimmen
Stucki Peter Eduard mit 148 Stimmen
Thomas Philip mit 148 Stimmen
von Gunten Fritz mit 148 Stimmen
von Kaenel Christian mit 148 Stimmen
von Kaenel-Bigler Cornelia mit 148 Stimmen
Wälchli Nelly mit 148 Stimmen
Wälti Reto mit 148 Stimmen
Weber Sabine mit 148 Stimmen
Weidmann Kurt mit 148 Stimmen
Zahler Alain mit 148 Stimmen
Zundel Rudolf mit 148 Stimmen
Zwahlen Martin mit 148 Stimmen

Resultate des Wahlgeschäfts 2016.RRGR.457 Wiederwahl der 7 Fachrichterinnen und Fachrichter deutscher und französischer Muttersprache in Streitigkeiten nach dem Gleichstellungsgesetz für die regionalen Schlichtungsbehörden, für die Amtsdauer vom 01.01.2017 bis 31.12.2022

Bei 148 ausgeteilten und 148 eingegangenen Wahlzetteln, wovon leer 0 und ungültig 0, in Betracht fallend 148, werden bei einem absoluten Mehr von 75 gewählt:

Berger Regula mit 148 Stimmen
Matteo Theresa mit 148 Stimmen
Rub Heinz mit 148 Stimmen
Steiner Daniel mit 148 Stimmen
Thomas Philip mit 148 Stimmen
von Kaenel-Bigler Cornelia mit 148 Stimmen
Zwahlen Martin mit 148 Stimmen

Resultate des Wahlgeschäfts 2016.RRGR.458 Wiederwahl der 66 Fachrichterinnen und Fachrichter deutscher und französischer Muttersprache in mietrechtlichen Streitigkeiten für die regionalen Schlichtungsbehörden, für die Amtsdauer vom 01.01.2017 bis 31.12.2022

Bei 148 ausgeteilten und 148 eingegangenen Wahlzetteln, wovon leer 0 und ungültig 0, in Betracht fallend 148, werden bei einem absoluten Mehr von 75 gewählt:

Abt Werner mit 148 Stimmen
Amiet Kurt mit 148 Stimmen
Arn Rudolf mit 148 Stimmen
Arnaud Robert mit 148 Stimmen
Bachmann Véronique mit 148 Stimmen
Bantli Beatrice mit 148 Stimmen
Berger Christof mit 148 Stimmen
Beyeler Margrith mit 148 Stimmen
Beyeler Thomas mit 148 Stimmen
Bodenmann Sandra mit 148 Stimmen

Boesiger Fabio mit 148 Stimmen
Brenzikofer Ralph mit 148 Stimmen
Buchser Roland mit 148 Stimmen
Chheng Rithy mit 148 Stimmen
Durrer Marie-Louise mit 148 Stimmen
Fatio Jean-Claude mit 148 Stimmen
Feuz Hansjürg mit 148 Stimmen
Freudiger Pascale mit 148 Stimmen
Frey David mit 148 Stimmen
Friedrich-Wigger Monika mit 148 Stimmen
Gasser Martin mit 148 Stimmen
Gassmann Claudia mit 148 Stimmen
Graber Beatrice mit 148 Stimmen
Grimm Markus mit 148 Stimmen
Häberli Urs mit 148 Stimmen
Hagi Andreas Lukas mit 148 Stimmen
Hagi Martin mit 148 Stimmen
Hagmann Ladina mit 148 Stimmen
Jordi Nadine mit 148 Stimmen
Jost Jürg mit 148 Stimmen
Junker Leu Janine mit 148 Stimmen
Kipfer Christine mit 146 Stimmen
Klöti Urs mit 148 Stimmen
Kohler-Mühlethaler Renate mit 148 Stimmen
Krieg Hans Rudolf mit 148 Stimmen
Kriemler Remo mit 148 Stimmen
Lehmann Annemarie mit 148 Stimmen
Luisi Robin mit 148 Stimmen
Marti Bernhard mit 148 Stimmen
Moser Chatrina mit 148 Stimmen
Moser Jürg mit 148 Stimmen
Müller René mit 148 Stimmen
Neuenschwander Rolf mit 148 Stimmen
Nobs Anton mit 148 Stimmen
Paoluzzo Müller Béatrice mit 148 Stimmen
Rau Béatrice mit 148 Stimmen
Ruf Charlotte mit 148 Stimmen
Schmid Daniel mit 148 Stimmen
Schmid Stöckli Danièle mit 148 Stimmen
Schneider Konrad mit 148 Stimmen
Schürmann Irène mit 148 Stimmen
Stalder Merz Renata mit 148 Stimmen
Steiner Daniel mit 148 Stimmen
Stüdeli Hans Rudolf mit 148 Stimmen
Sukara Daniel mit 148 Stimmen
Suter-Bettler Heinz mit 148 Stimmen
Tantscher-Helbling Irene mit 148 Stimmen
Treier Peter mit 148 Stimmen
Tschäppeler Peter mit 148 Stimmen
Wagner-Ingold Susanne mit 148 Stimmen
Weber Rolf mit 148 Stimmen
Wegmüller Hans-Ulrich mit 148 Stimmen
Wieser Niculo mit 148 Stimmen
Wittwer Max mit 148 Stimmen
Zobrist Beat mit 147 Stimmen

Präsident. Ich gratuliere an dieser Stelle allen wiedergewählten Amtsträgern. (*Applaus*) Ich danke

allen, welche diese Wahlen organisiert haben: der Staatskanzlei, den Parlamentsdiensten und den Stimmenzählenden.

Wir fahren nun mit Traktandum 48 weiter, der Motion Fuchs. Der Regierungsrat hat zu den verschiedenen Ziffern Stellung genommen: Ziffer 1 Ablehnung; Ziffern 2 und 3 Annahme und Abschreibung; Ziffer 4 Ablehnung. Wir führen eine freie Debatte. Ich gebe zunächst dem Motionär das Wort.

Thomas Fuchs, Bern (SVP). Im Stadtrat ist die Tribüne jeweils voll, wenn es um die Reitschule geht, weil die Leute von der Reitschule zuhören. Die Debatten sind dort aber am Abend. Dann sind sie wach. Jetzt ist Morgen, offenbar ist noch niemand wach. Aber wir können es auch ohne Gäste machen. Die Berner Reitschule ist eigentlich seit Jahren ein Drama, und hier haben wir nun einen parlamentarischen Vorstoss, der angesichts dessen, was bei der Reitschule bereits alles passiert ist, sehr moderat ist. Ich verlange die Schliessung während eines Monats. Es ist, wie wenn man einem Kind, das immer «blöd tut», sagt, es dürfe nicht mehr ausgehen. Wenn man es nie straft, passiert nie etwas. Wir wollen, dass die Kantonspolizei diesen rechtsfreien Raum nicht duldet: eigentlich etwas völlig Normales, das man nicht mit einem Vorstoss fordern müssen sollte. Im Zusammenhang mit der Reitschule ist dies aber nötig. Man sollte endlich die Möglichkeiten nutzen, und zwar mit höchster Priorität, um die gewaltbereite Täterschaft zu ermitteln.

Im Weiteren ist Ziffer 4 eine Standesinitiative, welche strengere Massnahmen gegen Gewalt gegenüber Behörden von Blaulichtorganisationen – Polizei, Feuerwehr und Sanität – fordern würde. Es ist krank, wenn jemand die Feuerwehrleute oder Sanitätsleute mit Steinen bewirft, die im Einsatz sind, um Leben zu retten. Ich kann es nicht anders sagen. Vor einer Woche fand wieder so ein Saubannerzug statt: durch den Mattenhof und die Effingerstrasse, bis zum Ende der Zerstörungstour bei der Reitschule, wo man sich wieder sammelte. An jedes Haus wurde irgendein Spruch mit Schreibfehlern gesprayt. Für mehr als ein paar Buchstaben hat es bei den meisten dieser Leute offenbar nicht gereicht, deshalb wurden auch noch ganze Farbkübel an die Wände geleert. Beim KV wurden Scheiben eingeschlagen und Rauchbomben ins Gebäude geworfen, und als die Feuerwehr kam, hat man sie wieder mit Steinen beworfen. Zurück bleibt die frustrierte Bevölkerung, Steuerzahler, die sich langsam fragen, was das soll.

Es ist längst kein städtisches Thema mehr, sondern wurde zu einem kantonalen – nicht erst mit der Initiative der Jungen SVP, die zur Abstimmung kommen wird. Sogar linke Politiker wie Manuel C. Widmer sprechen es offen aus – er sagt es schöner als ich; ich würde es vermutlich derber formulieren: «Ja, ihr revolutionären Schnösel, da habt ihrs dem Mattenhof aber gezeigt heute Nacht. Wie die Hunde habt ihr an jede Mauer euer <031> gepinkelt, um zu zeigen, wem die Mauer, das Quartier, gehört. Dass es hier Bewohner gibt, die sich seit Jahren für das Quartier aufopfern – scheissegal. Das dabei auch deren Besitz zerstört wird – scheissegal. Ihr seid das Gesetz, das Recht und der Massstab in einem. Ihr sagt, wer gut und böse ist; andere Meinungen gelten nichts. Ihr, die ihr euch auch internationale Solidarität auf die Fahne schreibt und Toleranz, ihr seid der ignoranteste, intoleranteste und selbstgerechteste Haufen überhaupt.» Ja, Manuel C. Widmer, das sagen wir schon lange. Wir sagen es vielleicht mit etwas anderen Worten: Wir sprechen von Kriminellen, Asozialen, Linksextremen. Am Schluss läuft es auf dasselbe hinaus. Es sind die Leute, die in der Reitschule verkehren und zum grossen Teil dort aktiv sind. Schade, dass du es erst jetzt merkst, da eine deiner Liegenschaften betroffen ist, dort, wo du wohnst.

Mit solchen Leuten kann man keine Verträge schliessen. Sie verstehen nur eine harte Gangart. Ihre Feinde sind die Polizei und der Staat. Die Finanzen holt man sich aber genau bei diesem Staat. Verlogener geht es nicht mehr. Werte Genossinnen und Genossen, ich spreche bewusst euch an: Könnt ihr solches Tun noch unterstützen? Weshalb schaut ihr weg? Warum schweigt ihr hier? Die Motion ist nicht extrem. Sie ist eigentlich viel zu harmlos. Aber sie setzt ein kleines, wichtiges Zeichen: Bis hierher und nicht weiter. Was wir hier fordern, ist absolut moderat. Es ist ein Zeichen an den Gemeinderat, denn wir hören vom Gemeinderat und von Herrn Tschäppät immer wieder, man vernehme keine Reklamationen seitens des Kantons, also sei er zufrieden. Deshalb muss der Kanton einmal sagen, es müsse etwas geschehen. Ich bitte den Rat, alle Ziffern zu unterstützen, und sei es nur als Zeichen, und vor allem auch nichts abzuschreiben.

Vania Kohli, Bern (BDP). Die BDP ist stolz und glücklich, dass die Schweiz ein Rechtsstaat ist. Der Staat, auf welcher Ebene auch immer, kann eingreifen, wenn es eine entsprechende Rechtsgrundlage gibt. Wir wissen alle, dass der Kanton Gemeinden bevormunden kann, wenn diese zum Beispiel kein Budget zustande bringen. Aber was der Motionär in Ziffer 1 verlangt, ist unseres Erach-

tens schlicht lächerlich. Ich möchte die gesetzliche Grundlage sehen, die das erlaubt. Und weshalb für einen Monat und nicht für zwei Wochen oder gar – was dem Motionär vermutlich am liebsten wäre – für immer? Es ist eine städtische Angelegenheit, und es liegt am politischen Willen derjenigen Gemeinde, welche es auch immer sein mag – im konkreten Fall die Stadt Bern –, etwas zu unternehmen, und sicher nicht am Kanton. Zu den Ziffern 2 und 3: Auch wir sind besorgt über die Zustände, die sich in und um die Reithalle häufen. Aber wir sind sicher, dass die strafrechtlichen Ermittlungen der Kantonspolizei und der Staatsanwaltschaft aufgenommen und auch richtig durchgeführt werden. Und noch zu Ziffer 4, zur Standesinitiative: Auch da sollte der Motionär wissen, welchen Anforderungen eine solche Standesinitiative genügen muss. Kurz und bündig, lieber Thomas Fuchs: «Si tacuisses, philosophus mansisses.» Die BDP kann solches nicht unterstützen und unterstützt einstimmig mit einer Enthaltung die Anträge der Regierung.

Barbara Streit-Stettler, Bern (EVP). Den lateinischen Schlusspruch habe ich zwar nicht verstanden, aber sonst gehe ich etwa in dieselbe Richtung wie Grossrätin Kohli. Grundsätzlich ist die EVP mit dem Motionär einverstanden, dass es in der Reithalle etliches gibt, was man ändern sollte oder das wir ändern wollen. Als langjährige Stadträtin war ich immer und immer wieder mit dieser «never ending story» konfrontiert. Immer wieder gab es riesige Debatten, und dennoch hat sich nicht viel bewegt. Immer und immer wieder geht Gewalt in verschiedener Form von der Reithalle aus. Immer und immer wieder benutzen Leute, die zur Rechenschaft gezogen werden sollten, die Reithalle als Rückzugsort. Für uns ist es ein Problem, dass die Verantwortlichen in der Reithalle keine Verantwortung übernehmen wollen. Verantwortung bedeutet in diesem Fall, klar gegen die Gewalt Stellung zu beziehen und Massnahmen zu ergreifen, damit diese Gewalt auch wirklich spürbar abnimmt. Das würde einschliessen, dass sie in dieser Beziehung mit der Polizei zusammenarbeiten und nicht dauernd die Arbeit der Polizei behindern würden. Andere Kultur- und Sportveranstalter machen das auch so. Anstatt mit der Polizei das Gespräch zu suchen, erklärt die Mediengruppe nach Polizeieinsätzen immer und immer wieder, die Polizei habe unverhältnismässig gehandelt. Gerade letzte Woche stellten meine Parteikollegen im Stadtrat einen Rückweisungsantrag zum Leistungsvertrag mit der Reitschule. Damit wollten sie bewirken, dass sich punkto Sicherheit endlich etwas ändert. Leider wurde dieser Rückweisungsantrag abgelehnt. Meine Kollegen werden in dieser Sache weiterhin dranbleiben.

Nun komme ich zum Vorstoss: Die EVP ist mit der Antwort des Regierungsrats einverstanden. Es ist nicht in erster Linie der Kanton, der handeln muss, sondern die Stadt. Wir finden es gut, dass der Kanton mit der Stadt im Gespräch ist, und hoffen, dass er diese Linie weiterverfolgt. In dieser Sache kann es nicht sein, dass der Kanton der Stadt sagt, was sie zu tun habe. Es geht darum, gemeinsam nach Lösungen zu suchen und auf Augenhöhe miteinander zu sprechen. Vor allem bei der Rolle der Kantonspolizei im Verhältnis zur Politik der Stadt braucht es immer wieder Absprachen und Fingerspitzengefühl. Klar ist für uns jedoch, dass strafrechtliche Ermittlungen nicht behindert werden dürfen und dass alles unternommen werden muss, damit Leute aus der Reithalle zur Rechenschaft gezogen werden, wenn sie gegen das Strafrecht verstossen haben. Die Forderungen in dieser Motion sind bei der Problemlösung sicher nicht zielführend. Sie tragen höchstens dazu bei, dass es zwischen Kanton und Stadt zu Missverständnissen und Reibereien kommt. Beschuldigungen hüben und drüben führen uns in dieser Sache nicht aber weiter.

Bruno Vanoni, Zollikofen (Grüne). Diese Motion ist eine Reaktion auf einen Vorfall von Anfang März, als elf Polizisten vor der Reitschule verletzt wurden. Solche Gewaltvorfälle dürfen auf keinen Fall verharmlost werden. Das steht für uns ausser Diskussion. Aber sie sollen auch nicht übertrieben werden und dürfen nicht zu überreagierten Reaktionen führen. Und schon gar nicht dürfen sie politisch ausgeschlachtet und missbraucht werden. Mit der Motion besteht aber genau diese Gefahr. Sie verlangt in ihrem ersten Punkt, die Reitschule für mindestens einen Monat zu schliessen. Das wäre eine Kollektivstrafe für einen Kulturbetrieb und für Hunderte von jungen Leuten, die den Betrieb nutzen und mit dem Gewaltvorfall überhaupt nichts zu tun haben. Das habe ich übrigens in jungen Jahren im Militär gelernt: Kollektivstrafen sind verboten. Gerade für Leute wie mich, die nicht in der Stadt wohnen und nicht unbedingt täglich in der Reitschule ein und aus gehen, halte ich es für wichtig, an dieser Stelle etwas in Erinnerung zu rufen: Die Reitschule ist ein Kultur- und Begegnungszentrum, und zwar eines, das nicht nur von jungen Leute aus der Stadt besucht wird, sondern auch aus den umliegenden Gemeinden und aus der weiteren Agglomeration.

Der Platz vor der Reithalle ist ein Treffpunkt, wo sich junge Leute aus der ganzen Agglomeration ohne Konsumzwang treffen und verweilen können. Es geht nicht an, alle diese Leute, Veranstalter

und Besucherinnen und Besucher, mit den Gewalttätern, die es gegeben hat und leider immer wieder gibt, in einen Topf zu werfen und sie für die Taten verantwortlich zu machen. Ich mache einen kleinen Exkurs aus aktuellem Anlass: Diese Woche wurde bekannt gegeben, dass der Regierungsrat einen Schlussbericht zum Thema Jugendgewalt zur Kenntnis genommen hat, der auf Vorstösse aus dem Jahr 2007 zurückgeht. Es wäre vielleicht interessanter gewesen, wenn wir heute Morgen eine Viertelstunde hätten nutzen können, um diesen Bericht zu lesen, anstatt diese Debatte zu führen. In diesem Schlussbericht wird auf aktuelle Daten zum Ausmass und zur Entwicklung der Jugendgewalt Bezug genommen. Darin steht: «Diese lassen allgemein auf einen rückläufigen Trend jugendlichen Gewaltverhaltens schliessen.» Ich bestreite nicht, dass es rund um die Reitschule Probleme gibt. Ich sage es indessen noch einmal: Es sind nicht städtische Probleme, sondern Probleme, welche die ganze Agglomeration etwas angehen. Aber aufgrund der Kompetenzordnung ist es primär Sache der Stadtbehörden, diese Probleme anzugehen. Wir Aussenstehende sollten ihnen diese Aufgabe nicht noch schwerer machen, als sie schon ist, indem wir uns einmischen und Öl ins Feuer giessen. Unser Verhalten sollte vielmehr darauf abzielen, die konstruktiven Kräfte in der Reitschulbewegung zu stärken und vor allem zu verhindern, dass sich die Fronten weiter verhärten und sich Hunderte von jungen Leuten mit dieser destruktiven Minderheit solidarisieren.

Wir sollten auch anerkennen, dass die städtischen Behörden ihre schwierige Aufgabe ernsthaft angehen und durchaus handeln. Im neuen Leistungsvertrag, der vor einer Woche in diesem Saal vom Stadtparlament gutgeheissen wurde, kann man strengere Sicherheitsbestimmungen und zusätzliche Sanktionsmöglichkeiten nachlesen. Es gibt also keinen Grund, uns in die städtischen Angelegenheiten einzumischen. Es gibt auch keinen Grund, uns in die Aufgabe der Polizei und der Strafverfolgungsbehörden einzumischen. Auch das versucht die Motion mit ihrer dritten Forderung. Sie verlangt, mit höchster Priorität gegen die Gewalttäter zu ermitteln. Es ist jedoch Sache der zuständigen Behörde, zu entscheiden, was sie mit welcher Priorität unternehmen will. Aus diesem Grund sind wir nicht ganz sicher, ob es gut und richtig ist, wenn wir diesen Punkt annehmen, wie es der Regierungsrat recht grosszügig empfiehlt. Ein beachtlicher Teil der Fraktion wird sich dazu der Stimme enthalten. In allen anderen Punkten sind wir aber mit dem Antrag der Regierung einig.

Abschliessend möchte ich noch einmal auf meine einleitenden Gedanken zurückkommen: Ich kann verstehen, dass sich die Politiker aus der Stadt gerade jetzt, im aktuellen Wahlkampfgetümmel, wegen der Reitschule aufregen und überreagieren. Aber wir Nichtstädter – und wir sind die Mehrheit in diesem Rat – sollten aus der Distanz ruhig Blut und einen kühlen Kopf bewahren und die übertriebenen Forderungen dieser Motion ablehnen.

Elisabeth Striffeler-Mürset, Münsingen (SP). Auch die SP-JUSO-PSA-Fraktion verurteilt blinde Gewalt gegen Menschen und gegen fremdes Eigentum ganz klar. Bei dieser Motion werden jedoch die Ebenen vermischt: Wir tagen zwar in der Stadt Bern, können und sollen aber in städtischen Angelegenheiten keinen Einfluss nehmen. Die Legislative der Stadt ist bereit, der Reitschule weiterhin Geld zu sprechen. Es ist nicht an uns, korrigierend einzuwirken und symbolische Handlungen wie eine einmonatige Schliessung zu verlangen. Dass man bei Gewalt die Lösung nicht durch Gegen Gewalt erzwingen kann, ist den meisten von uns sicher klar. Die SP-JUSO-PSA-Fraktion lehnt wie die Regierung alle Punkte ab, mit gleichzeitiger Abschreibung.

Präsident. Bevor ich dem Sprecher der glp das Wort erteile, begrüsse ich eine Schulklasse auf der Tribüne, die Klasse der BSD Bern, der Detailhandelsschule. Diese Schülerinnen und Schüler sind unsere Nachbarn, haben heute ihren letzten Schultag und wollten einmal sehen, wer ihre Nachbarschaft ist. Herzlich willkommen und alles Gute! Besten Dank für Ihren Besuch. (*Applaus*)

Michael Köpfli, Bern (glp). Als Vorbemerkung Folgendes: In meinen sechs Jahren als Stadtrat habe ich unzählige Reitschuldebatten erlebt. So ruhig und sachlich, ohne Zwischenrufe und Beleidigungen wie die Debatte heute war keine von ihnen. Das ist schon mal ein grosser Unterschied. Ich hatte aber gehofft, dass wir diese Debatte nicht im Grossen Rat weiterführen müssen, nicht nur, weil sie nach einigen Jahren im Stadtrat langweilig und redundant wird, sondern natürlich auch, weil zu hoffen ist, dass die Vorfälle in der Reitschule irgendwann vorbei wären. Es ist völlig klar: Solche gewalttätigen Ausbrüche gegen Blaulichtorganisationen, wie sie vor einigen Wochen passierten, sind absolut inakzeptabel. Steine sogar gegen Feuerwehrautos zu werfen und Scheiben einzuschlagen, geht selbstverständlich nicht. Man muss aber auch klar sagen, dass man nicht alles den Reitschulbetreibern unterstellen kann, was in der Stadt Bern passiert. In seinem Votum hat Grossrat Fuchs vor allem auf einen Vorfall vom vorletzten Wochenende Bezug genommen, als auf der Bra-

che im Warmbächliareal ein nicht bewilligtes Fest stattfand und anschliessend ein Saubannerzug durchs Quartier völlig inakzeptable Sachschäden verursachte. Das spielte sich aber, wie gesagt, im Warmbächliareal und anschliessend im Quartier ab und nicht in der Reitschule. Diesen Vorfall eins zu eins der Reitschule zuzuschreiben, ist denn doch etwas zu einfach. Man könnte sonst auch sagen, es handle sich um dieselben Chaoten, die manchmal nach Fussball- oder Hockeyspielen randalieren.

Leider gibt es in der Tat einige Junge, die diese Gewalt suchen und immer wieder ausleben. Damit sind wir beim Grundproblem: Die Stadt Bern ist ein Stück weit der Ort, wo sich an den Wochenenden genau diese Jugendlichen treffen. Das hat nicht zuletzt damit zu tun, dass es in der Agglomeration für die Jugendlichen sehr wenige und immer weniger Möglichkeiten gibt, um sich zu treffen. Letztlich ist es eine Zentrumslast, welche die Stadt trägt oder die alle Städte tragen, nicht nur die Stadt Bern. Zur konkreten Forderung: Bei Ziffer 1 kann ich mich voll und ganz Grossrätin Kohli und Grossrätin Streit anschliessen. Wir sind ein föderalistischer Staat und auch ein föderalistischer Kanton, und es ist sicher nicht Sache des Kantonsparlaments, sich in eine abschliessende Gemeindekompetenz einzumischen. Die Ziffern 2 und 3 sind Selbstverständlichkeiten. Rechtsfreie Räume darf es nicht geben, und selbstredend muss alles unternommen werden, damit die Straftäter, welche Blaulichtorganisationen attackiert haben, gefasst und verurteilt werden können. Diese Ziffern kann man überweisen und gleich abschreiben. Der Regierungsrat schreibt klar, dass dies ohnehin eine Selbstverständlichkeit ist und gemacht wird. Es ist klar, dass da auch die Reitschule in der Pflicht steht, sich endlich von Gewalt gegenüber Blaulichtorganisationen und Polizei zu distanzieren und in diesem Bereich nicht immer zu relativieren. Auch die Zusammenarbeit zwischen Staatsanwaltschaft, Stadtbehörden – vor allem Gemeinderat – und Polizei muss dringend verbessert werden. Dort sind alle Player in der Pflicht. Bei Ziffer 4 ist der Regierungsrat absolut klar in seinen Ausführungen: Rechtlich ist die Situation klar, formell reicht diese Ziffer gar nicht als Standesinitiative, weil sie nicht ausformuliert ist. Deshalb muss man sie ablehnen. Wir folgen in allen Ziffern den Vorschlägen des Regierungsrats.

Sabina Geissbühler-Strupler, Herrenschwanden (SVP). Ich möchte begründen, weshalb die SVP die Motion in allen vier Punkten annehmen will. Ich habe etwas gestaunt, als ich nun hörte, es sei ein Stadtproblem. Die Polizisten sind bekanntlich Kantonsangestellte, um die wir uns doch kümmern müssen. Deshalb versuche ich das zu begründen. Seit einigen Jahren ist die Polizei zum Spielball der Politik geworden. Das hat dazu geführt, dass bei Ausschreitungen die politische Behörde bestimmt, wann und wie Polizeieinsätze stattfinden sollen. Deeskalation wurde zum Zauberwort. Konkret bedeutet dies, dass Vermummung und Sachbeschädigungen geduldet und selten geahndet werden. Die Strategie der Einsatzleitung und der politisch Verantwortlichen besteht darin, dass sich die Polizei bei Einsätzen eher etwas in die Lauben zurückziehen oder verstecken soll, weil nur schon die Präsenz der Polizei mit den Uniformen provoziere. Polizeieinsätze in rechtsfreien Räumen wie der Reithalle werden wegen Gefährdung an Leib und Leben aus verständlichen Gründen selten oder gar nicht vorgenommen. Bei Kontrollfahrten werden die Einsatzkräfte tätlich angegriffen und nicht selten entstehen Sachschäden an den Fahrzeugen. Es darf nicht sein, dass die Polizei in mit staatlichen Steuergeldern finanzierten Institutionen keine Kontrollgänge oder Interventionen durchführen darf. Es muss festgestellt werden, dass die Theorie der 3D-Strategie – Dialog, Deeskalation, Durchgreifen –, an die sich die Polizei bei Grosseinsätzen halten muss, bei dieser Klientel, die in der Motion erwähnt wird, eben nicht funktioniert. Seit Jahren sehen wir, dass die 3D-Strategie bei solchen Leuten verfehlt ist. Die in der Motion aufgeführten Massnahmen würden zu einer Verbesserung der sehr schwierigen Arbeitseinsätze und Arbeitsbedingungen der Polizei führen. Deshalb ist es wichtig, die Motion zu unterstützen. Wir alle sind doch für die Unterstützung der Polizei, und wenn wir das sind, müssten wir diese Unterstützung leisten. Schliesslich handelt es sich um Kantonsangestellte, das möchte ich noch einmal betonen.

Daniel Beutler, Gwatt (EDU). Ich oute mich an dieser Stelle als mehr oder weniger regelmässiger Besucher der Reithalle. Ich war auch schon im Tojo-Theater – wer hätte das gedacht? Ich kann dem Kulturbetrieb absolut etwas Positives abgewinnen. Bezüglich der rechtlichen Situation von Stadt und Kanton gebe ich meinen Vorrednern in jedem Punkt Recht. Aber: Haben wir mit dieser Reitschule ein gallisches Dorf? Und zweitens: Mit faustgrossen Steinen und potenziell lebensbedrohenden Angriffen, liebe Kolleginnen und Kollegen, wurde eine Grenze überschritten. Da muss ich Grossrat Vanoni entgegen: Betreffend Kollektivstrafe hat er zwar grundsätzlich recht. Aber wenn ich eine Schliessung der Reitschule während eines Monats gegen die faustgrossen Steine und die

Verletzungen abwäge – ich habe eine Verletzung bei einem Polizisten gesehen –, steht sie in keinem Verhältnis dazu. Schliesst den Laden einmal für einen Monat und setzt als Kanton dort ein klares Zeichen! Meine Kinder haben die Freiheit, dorthin zu gehen. Ich war, wie gesagt, schon öfter dort und kenne den Betrieb. Aber was sich da ereignet hat und der rechtsfreie Raum, in den sich die Attentäter und Terroristen immer wieder zurückziehen, ist, berndeutsch gesagt, eine Schweinerei. Die EDU-Fraktion will ein Zeichen setzen und wird deshalb die ersten drei Ziffern annehmen. Die vierte Ziffer bringt nichts; wir wissen, dass es eine Staatsangelegenheit ist und wollen sie nicht noch eine Ebene höher schieben.

Philippe Müller, Bern (FDP). Ich kann es vorwegnehmen: Die FDP ist mit der Stossrichtung dieses Vorstosses sehr einverstanden. Das ist auch am Vorstoss ersichtlich, der anschliessend behandelt wird. Es gab verschiedene Vorkommnisse um die Reithalle herum, die inakzeptabel sind. Das wurde gesagt. Allerdings ist es nichts Neues, sondern ist seit Jahren so. Trotzdem passiert relativ wenig, um es nett zu formulieren. Und weshalb: Weil es vor allem Lippenbekenntnisse gibt. Das hat man zum Teil auch heute wieder gehört. Man sagt, man sei gegen Gewalt und so weiter, aber sobald es konkret wird, heisst es, das sei eine Einmischung. Und da muss ich, lieber Bruno Vanoni, eben auch sagen: Es ist keine Einmischung, wenn sich der Kanton als Arbeitgeber der Kantonspolizisten, die gefährdet und verletzt werden, auch einmal äussert. Es ist auch keine Kollektivstrafe. Vielleicht hast du zu wenig Militärdienst geleistet, ich weiss es nicht. Es ist wirklich die Verantwortung derer, die hier seitens der IKuR am Drücker sind. Sie müssen die Konsequenzen tragen. Vielleicht ist auch deshalb nie viel passiert, weil die Forderungen, die jeweils erhoben wurden, nicht greifbar genug waren.

Obwohl die FDP mit der Stossrichtung einverstanden ist, hat sie natürlich dennoch gewisse Fragen bei diesem Vorstoss. Konkret geht es darum, wie viel gewisse Punkte dieser Motion überhaupt bringen würden, wenn sie überwiesen würden. Gehen wir sie einzeln durch. Ziffer 1, die Aufforderung an den Gemeinderat der Stadt Bern, die Reitschule für einen Monat zu schliessen: Es geht nicht darum, die Reitschule zu schliessen, sondern die Regierung soll den Gemeinderat zur Schliessung auffordern. Das ist eine Forderung, welche die FDP der Stadt Bern verschiedentlich ebenfalls gestellt hat. Da kann man sich mit Fug und Recht fragen, wie sinnvoll es ist, auch noch die Regierung zu schicken, denn der Gemeinderat will das nicht machen. Er steht auch nicht hinter der Polizei. Man kann sich fragen, ob das nicht einfach ein Zeitverlust wäre. Es wird bei der FDP Stimmen geben, die diese Ziffer infolge Aussichtslosigkeit ablehnen; andere werden sich enthalten. Ziffer 2, Durchsetzung via Kantonspolizei, dass kein rechtsfreier Raum geduldet wird: Auch dies ist eine uralte Forderung, und auch da fehlt es in erster Linie an der Unterstützung seitens des Gemeinderats gegenüber der Polizei. Man wirft der Polizei im Gegenteil noch vor, sie habe provoziert. Die FDP wird diese Forderung unterstützen und ist auch gegen die Abschreibung. Dasselbe gilt bei Ziffer 3, die Täterschaft dingfest zu machen und zu bestrafen. Allerdings sind die Zuständigkeiten auch da klar geregelt: Man kann die Forderung stellen, aber sehr viel wird sich kaum ändern. Es gibt da auch faktische Probleme, indem man die Täter nicht immer erwischt. Aber die FDP unterstützt diese Ziffer und wendet sich gegen die Abschreibung.

Ziffer 4, die Standesinitiative, wird von der FDP hingegen abgelehnt: Auch hier sind wir mit der Stossrichtung, dass härtere Bestrafungen vorgenommen werden müssten, einverstanden. Bekanntlich gab es bereits Vorstösse in diese Richtung, gerade auch seitens der FDP, die zum Teil auch von der SVP abgelehnt wurden. Hier fehlt es am formellen Erfordernis. Es reicht nicht, dies allgemein zu verlangen. In unseren Gesetzen ist klar vorgeschrieben, dass man einen ausformulierten Entwurf vorlegen muss. Und einen solchen gibt es hier einfach nicht. Deshalb muss man diese Ziffer ablehnen. Es würde auch nichts bringen, wenn man sie annehmen würde. Ich fasse zusammen: Die Ziffern 2 und 3 nehmen wir an; ihre Abschreibung lehnen wir ab. Bei Ziffer 1 ist die Haltung durchmischt und Ziffer 4 lehnen wir ab.

Präsident. Die Fraktionen haben sich geäussert, wir kommen zu den Einzelsprechern, die für ihr Votum jeweils 3 Minuten zur Verfügung haben.

Adrian Wüthrich, Huttwil (SP). Wenn ich diesen Vorstoss lese, stelle ich mir als Gemeinderat für öffentliche Sicherheit von Huttwil vor, dass in der Überschrift auch stehen könnte: «Restaurant Pöstli, Huttwil – muss es wirklich erst Tote geben, bis die Politik reagiert.» Wir haben hier das konkrete Beispiel einer Örtlichkeit in der Stadt Bern, das wir nicht im Grossen Rat diskutieren müssen. Solche Forderungen müssen wir nicht hier behandeln. Wie meine Fraktionskollegin gesagt hat,

handelt es sich nicht um ein Thema, bei dem wir der Polizei dreinreden sollten. Ich danke dem Polizei- und Militärdirektor, dass er bereits nach den Vorgängen, auf die sich der Motionär bezieht, intensive Gespräche mit der Stadt Bern, mit dem Regierungsstatthalteramt, mit der Polizei und allen, die involviert sind, aufgenommen hat und auch weiterführt. Die Reitschule ist, wie schon von andern gesagt wurde, ein Kulturzentrum, das wir nicht mit den Leuten vermischen dürfen, die Probleme verursachen. Diese Leute gibt es jedoch in unserer Gesellschaft. Würden wir nun die Reitschule für mindestens einen Monat schliessen, hätte dies in der Stadt Konsequenzen, die wir besser nicht provozieren sollten. Es würde wahrscheinlich dazu führen, dass wir Nacht für Nacht die ganze Polizei des Kantons in der Stadt Bern aufbieten müssten und kompanienweise Polizeigrenadierinnen und -grenadiere in der Stadt Bern benötigen würden, um diese Forderung durchzusetzen. Das zeigt, dass dies nicht der richtige Weg ist.

Wenn man von rechtsfreiem Raum spricht, stimmt das einfach nicht. Die Polizistinnen und Polizisten lernen in der Polizeischule ein grosses Wort: Verhältnismässigkeit. Wenn die Kapo in diesem Fall das Verhältnismässigkeitsprinzip anwendet, wie sie es im ganzen Kanton in vielen schwierigen Fällen macht, erscheint sie jedes Mal in den Medien. Wenn fünf Gemeinderäte in der Stadt Bern etwas sagen, erscheinen fünf Artikel in der Presse. Das ist letztlich das Grundproblem. Die Kapo wendet aber das Verhältnismässigkeitsprinzip im ganzen Kanton an. Und auch hier muss sie es anwenden. Und die Kapo macht das auch, und zwar auf allen Ebenen nach den Prinzipien der Polizeitaktik. Mir ist wichtig, dass Gewalt gegen Beamte nicht geduldet wird. Ich bin froh, dass sich alle entsprechend geäussert haben. Der diesbezügliche Vorstoss von Grossrat Philippe Müller und mir wird noch folgen. Deshalb stimmt die Fraktion hier gemäss den Anträgen des Regierungsrats ab: Bei den Ziffern 2 und 3 Annahme und Abschreibung.

Thomas Knutti, Weissenburg (SVP). Ich möchte ebenfalls einige Bemerkungen zu diesem Geschäft machen, auch wenn es mich als Vertreter des ländlichen Raums etwas weniger betrifft. Ich musste jedoch in letzter Zeit feststellen, dass es im ländlichen Raum ein grosses Thema ist. Als Grossrat aus dem ländlichen Raum wird man immer wieder angesprochen und gefragt, was eigentlich der Grosse Rat bezüglich der Reitschule mache und ob er nichts unternehme. Ich habe ein gewisses Verständnis dafür, dass es ein Problem ist, das eigentlich die Stadt betrifft. Der Stadtpräsident von Bern will bekanntlich nichts machen. Deshalb bin ich klar der Meinung, dass nun eben seitens des Kantons ein Zeichen gesetzt werden muss. Mir geht es vor allem um zwei Punkte: um die Sicherheit der Bevölkerung, aber auch um die Sicherheit der Polizei. Angesichts dessen, was unseren Polizisten an jenem Abend angetan wurde, habe ich kein Verständnis dafür, dass man hier eine Pauschalbeurteilung macht und sagt, es sei halt ein Problem der Stadt, da mache man nichts, so wie es auch Grossrätin Kohli dargestellt hat. Aus meiner Sicht ist das zu einfach. Wir müssen ein Zeichen setzen und müssen Druck aufbauen, damit es mit der Reitschule endlich einmal ein Ende hat. Deshalb bitte ich die Ratsmitglieder im Interesse der Polizei und der Bevölkerung, den Vorstoss zu überweisen.

Mathias Müller, Orvin (SVP). Ich gehe mit Grossrat Vanoni einig, dass man die konstruktiven Kräfte in der Reithalle stärken sollte. Wir können sie jedoch nur stärken, wenn wir endlich einmal den linken GewalttäterInnen Einhalt gebieten. Nur so können wir sie stärken. Solange die andern die Dominanz haben, können die konstruktiven Kräfte gar nichts machen. Wenn wir wollen, dass die Reithalle zu einem Begegnungsort für alle Jugendlichen wird, müssen wir die Dominanz der linken TerroristInnen endlich einmal brechen. Es ist nicht so, dass die Reithalle heute ein Begegnungsort für alle Jugendlichen ist. Viele mögen nicht dorthin gehen; viele getrauen sich nicht, dorthin zu gehen, und zwar weil dort ein Chaos herrscht. Das ist, wie hier alle betont haben, inakzeptabel. Grossrat Wüthrich hat vom Restaurant Pöstli gesprochen: Wenn sich im Restaurant Pöstli in Huttwil irgendwelche rechtsextremen Skins mit einem übersteigerten Nationalbewusstsein oder Nationalstolz treffen würden, würde er sofort schreien: «Wehret den Anfängen.» Da würde kein so romantisches Bild gezeichnet wie von der Reithalle. Man muss nun endlich einmal ein Zeichen setzen. Das inakzeptable Verhalten muss Konsequenzen haben. Wenn wir dieser Motion nicht zustimmen, ist dies die beste Werbung für die Initiative, die am Laufen ist. Aber vielleicht wollt ihr ja für die Initiative Werbung machen. Ich bin der Meinung, dass man nun endlich einmal ein Zeichen setzen muss, und dieser Vorstoss wäre eine vernünftige Art und Weise.

Martin Schlup, Schüpfen (SVP). Mich hat Grossrat Wüthrich aus der Reserve gelockt: Immer wieder hört und liest man von dieser Verhältnismässigkeit. Ich kann das Wort bald nicht mehr hören.

Ich will euch aber die andere Seite der Verhältnismässigkeit darlegen. Wenn 50 Polizisten im Einsatz gegen ein paar Dutzend Chaoten sind und es keine einzige Personalienaufnahme und keine einzige Festnahme gibt, jedoch Schäden in der Höhe von einigen 100 000 Franken, frage ich mich, wo da die Verhältnismässigkeit ist.

Meret Schindler, Bern (SP). Ich möchte Grossrat Müller, der vorhin gesprochen hat, kurz etwas entgegnen: Falls irgendjemand einmal Interesse hätte, in die Reithalle auszugehen, komme ich gerne auf ein Bier mit. Das Angebot steht und richtet sich an rechts wie an links.

Präsident. Das wären dann etwa 160 Getränke.

Maria Esther Iannino Gerber, Hinterkappelen (Grüne). Ursprünglich wollte ich mich nicht äussern. Aber nach all den Einzelsprechenden, vor allem denen, die vor mir sitzen, hat es mich doch gejuckt. Ich möchte wissen, wie sie beispielsweise ein Zeichen gegen Vergewaltigung oder gegen Diebstahl, Raub oder andere Verbrechen setzen. Erklärt mir einmal, wie ihr all dem Einhalt gebietet. Nun wird die ganze Schuld einfach auf die Reitschule geschoben. Es wird gesagt, es dürfe keinen rechtsfreien Raum geben. Ich teile die Meinung, dass Leute, die fremdes Eigentum beschädigen, bestraft werden sollen. Man darf aber nicht alle über den gleichen Leisten schlagen. Ihr solltet wohl wirklich einmal die Reitschule besuchen, um zu sehen, was dort alles läuft.

Ruedi Löffel, Münchenbuchsee (EVP). Ich habe nun etwa zwanzigmal gehört, man müsse ein Zeichen setzen. Wir wurden nicht gewählt, um Zeichen zu setzen. Wir wurden gewählt, um Lösungen zu suchen. Und diese Motion bietet keine Lösungsansätze. Deshalb bitte ich euch, sie im Sinne der Regierung abzulehnen und Ziffern 2 und 3 anzunehmen und abzuschreiben. Wir sind nicht da, um Zeichen zu setzen.

Thomas Fuchs, Bern (SVP). Zum Glück habe ich nicht gefrühstückt, denn das Frühstück könnte einem hochkommen nach dem, was man nun alles zu hören bekam. Es ist unglaublich, wie hier alles schöngeredet wird. Ich frage mich, ob es naiv ist oder dumm, oder ob es darum geht, eure linken Wähler zu besänftigen und sie ja nicht aufzuscheuchen. Schöne Worte, Ruedi Löffel und Barbara Streit: Ich bin auch der Meinung, dass wir eine Lösung suchen. Dann bringt doch eine Lösung, beten allein reicht da nicht mehr. Wir sind seit Jahren mit diesem Problem beschäftigt. Verschiedene Redner haben es gesagt. Sie waren vor 10 oder 15 Jahren im Stadtrat, und schon damals war es ein Problem. Irgendwann einmal muss man sagen, so gehe es nicht weiter. Wir können nicht immer wieder diskutieren und hoffen, es werde besser. Der Leistungsvertrag, der nun Verbesserungen bringen soll, ist lächerlich. Die Polizei konnte nicht einmal mitreden; sie ist bei den Diskussionen nicht erwünscht, weil man sich provoziert fühlt, und die Stadt ist unfähig und nicht willens, etwas zu unternehmen. Deshalb geht es letztlich eben doch darum, ein Zeichen mit einem klaren Auftrag zu setzen. Es ist nicht nur ein Zeichen, sondern ein klarer Auftrag.

Grossrat Vanoni hat sich heute mit seinem Votum vermutlich die Ehrenmitgliedschaft in der Reitschule erworben. Aber letztlich macht er sich mitschuldig bei diesen Taten, wenn er sie schönredet. Und, Vania Kohli, es braucht kein Gesetz für einen Brief des Regierungsrats an den Gemeinderat oder für ein Gespräch des Regierungsrats mit dem Gemeinderat. Ziffer 1 fordert keine Schliessung der Reitschule durch den Kanton, sondern es geht um eine Aufforderung an den Gemeinderat, dies zu tun. Aber vielleicht kannst du es Alex einmal beibringen; du hast ja guten Kontakt zu ihm. Und zu Adrian Wüthrich: Als Präsident des Polizeiverbands ist es ein Hohn, was du hier gesagt hast. Dafür solltest du dich schämen. Ich kann es nicht anders sagen. Vielleicht solltest du einmal mit den Polizisten sprechen, damit du merkst, was läuft, und dich hier vorn nicht als Sozialdemokrat äusserst, sondern als Präsident des Polizeiverbands, der die Sorgen und die Vorfälle ernst nimmt. Das hast du nicht gemacht, und dafür solltest du dich schämen. Und Sie, Grossrätin von Greyerz, brauchen gar nicht blöd zu lachen, wenn man von Terroristen spricht. Die Mitglieder der Gruppe 031 sind letztlich Terroristen. Vielleicht hat es auch Terroristinnen darunter, und vielleicht gefällt Ihnen das.

Präsident. Alle, die sich angegriffen fühlen, können sich melden. *(Heiterkeit)*

Adrian Wüthrich, Huttwil (SP). Lieber Thomas, ich habe dich verstanden. Ich habe vorhin wohl nicht gesagt, dass ich Präsident des Polizeiverbands bin, aber ich habe in dieser Sache mehr mit Polizistinnen und Polizisten gesprochen als du. Ich verwahre mich gegen deine Äusserungen. Mehr

gibt es dazu nicht zu sagen.

Bruno Vanoni, Zollikofen (Grüne). Ich fühle mich nicht angegriffen. Darf ich trotzdem noch etwas sagen?

Präsident. Nur als Reaktion auf das Votum von Grossrat Fuchs. Die Debatte ist abgeschlossen.

Bruno Vanoni, Zollikofen (Grüne). Es wurde gesagt, ich würde mich mitschuldig machen. Ich gehe davon aus, dass nicht Grossrat Fuchs in unserem Land entscheidet, wer irgendwelche Schuld trägt oder wer keine Schuld trägt. Verschiedentlich wurde hier auch von Terroristen gesprochen. Ich erinnere an die Terroranschläge in Paris und Brüssel ...*(Der Präsident unterbricht das Votum und erinnert Grossrat Vanoni daran, dass er sich nur zum Votum von Grossrat Fuchs äussern darf.)* Dort ist das Wort Terrorismus gerechtfertigt. Aber was hier passiert ist, sind Gewalttaten. Es steht ausser Frage, dass wir sie verurteilen und ablehnen, aber von Terrorismus zu sprechen, ist deplatziert und würdigt die Terrorismusopfer herab. *(Der Präsident schaltet das Mikrofon aus.)*

Präsident. Ich gebe dem Regierungsrat das Wort.

Hans-Jürg Käser, Polizei- und Militärdirektor. Die Antwort der Regierung ist ziemlich deutlich. Bei Ziffer 1 wird erwähnt, dass der Polizei- und Militärdirektor eine Vertretung des Gemeinderats eingeladen hat. Anwesend waren der Stadtpräsident, der Sicherheitsdirektor sowie der Regierungsrat. Wir waren uns einig, dass das Sicherheitskonzept überarbeitet werden muss und dass die Polizei bei der Erarbeitung dieses Sicherheitskonzepts mit am Tisch sein muss. Das war noch, bevor der Stadtrat den neuen Leistungsvertrag genehmigt hat. Nachher las ich in der Zeitung, das Sicherheitskonzept sei überarbeitet worden. Es war eine der Grundlagen für die Leistungsvereinbarung, die man dem Stadtrat vorlegte. Die Polizei war indessen nicht einbezogen worden. Ich habe daraufhin nicht verkündet, ich sei empört. Ich stelle es einfach fest.

Bei den Ziffern 2 und 3 ist die Antwort der Regierung ganz klar: Gewalttätige Personen nutzen das ungenügende Sicherheitssystem. Deshalb wollten wir es zusammen mit der Polizei überarbeiten. Auf der zweiten Seite der Antwort ist in aller Deutlichkeit dargestellt, worin das Problem besteht. Niemand hat etwas gegen den Kulturbetrieb in der Reithalle – auch ich nicht. Beispielsweise nutzen aber 20 bis 40 gewaltbereite 031er die grosse Menge der Kulturkonsumenten, um sich in die Reithalle zurückzuziehen. Das erschwert die Ermittlungen und das Einleiten von Strafverfahren. Oder glaubt etwa jemand in diesem Saal, dass die 800 bis 900 Kulturkonsumenten einen Gewaltbereiten oder Gewalttätigen der Polizei melden würden? – Das ist das Problem. Deshalb muss die Polizei verhältnismässig handeln. Das ist genau die Aussage des Präsidenten des Polizeiverbandes. Und das macht die Polizei. Deshalb ist die Antwort der Regierung zu den Ziffern 2 und 3 nachvollziehbar. Ich finde auch, dass sie in dieser Form stimmt. Ich danke für die Abstimmung.

Präsident. Wir stimmen zifferweise ab und über die Abschreibung jeweils separat. Wer Ziffer 1 der Motion zustimmen will, stimmt ja, wer das ablehnt, stimmt nein.

Abstimmung (Ziff. 1)

Der Grosse Rat beschliesst:
Ablehnung

Ja	51
Nein	87
Enthalten	9

Präsident. Der Rat hat Ziffer 1 abgelehnt. Wer Ziffer 2 der Motion zustimmen will, stimmt ja, wer das ablehnt, stimmt nein.

Abstimmung (Ziff. 2)

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme

Ja	131
Nein	14
Enthalten	0

Präsident. Der Rat hat Ziffer 2 angenommen. Wer Ziffer 2 abschreiben will, stimmt ja, wer das ablehnt, stimmt nein.

Abstimmung (Ziff. 2, Abschreibung)

Der Grosse Rat beschliesst:
Abschreibung

Ja	76
Nein	65
Enthalten	5

Präsident. Der Rat hat Ziffer 2 abgeschrieben. Damit kommen wir zu Ziffer 3, wer diese annehmen will, stimmt ja, wer sie ablehnt, stimmt nein.

Abstimmung (Ziff. 3)

Der Grosse Rat beschliesst:
Annahme

Ja	129
Nein	6
Enthalten	11

Präsident. Der Rat hat Ziffer 3 angenommen. Wer Ziffer 3 abschreiben will, stimmt ja, wer das ablehnt, stimmt nein.

Abstimmung (Ziff. 3, Abschreibung)

Der Grosse Rat beschliesst:
Abschreibung

Ja	72
Nein	70
Enthalten	3

Präsident. Wer Ziffer 4 der Motion zustimmen will, stimmt ja, wer das ablehnt, stimmt nein.

Abstimmung (Ziff. 4)

Der Grosse Rat beschliesst:
Ablehnung

Ja	40
Nein	101
Enthalten	5

Präsident. Der Rat hat Ziffer 4 abgelehnt.

